

## Gestern im Rat

**Vorsitz:** Lorenz Laich (FDP, Dörfingen)

» Der Rat hat den **Jahresbericht 2019 des Obergerichts** genehmigt.

» Auch der **Abschluss der Schaffhauser Kantonalbank** aus dem gleichen Jahr stiess auf breite Zustimmung.

» Umstritten war hingegen der **Jahresbericht der Spitäler Schaffhausen**.

» Die **Sammlung der Motionen und Postulate** wurde bereinigt.

» Ausgiebig diskutiert wurde die Frage, ob Schaffhausen das **Stimmrechtsalter 16** einführen solle.

» Ebenfalls ausgiebig diskutiert wurde eine parlamentarische Anfrage (Interpellation) zum Thema **Stilllegung und Entsorgung von Kernkraftwerken**.

» Eine ausführliche Debatte gab es zu der kantonalen Volksmotion mit dem Titel **«Kostenlose Benutzung des öffentlichen Verkehrs für Kinder unter 16 Jahren»**.

## Sätze zur Situation

**Franziska Brenn (SP, Neuhausen)**  
«Die Radiologie hat ihr Polio, äh, Portfolio erweitert.» – *Zum Spital.*

**Marianne Wildberger (AL, Schaffhausen):**  
«Es kann nicht schneller gepflegt werden, nur weniger oder mehr.»  
*Zur Arbeit des Pflegepersonals.*

**Raphaël Rohner (FDP, Schaffhausen)**  
«Ich ertrage die Politik des Hörensagens immer weniger.»  
*Zur Diskussion über die Arbeitsbedingungen und Qualität im Kantonsspital Schaffhausen.*

**Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen):**  
«Vor allzu grossen Dramatisierungen möchte ich warnen.»  
*Auch zum Spital.*

**Thomas Hauser (FDP, Schaffhausen):**  
«Man muss hier auch einmal die hervorragende Küche des Kantonsspitals loben.»  
*Das Votum fiel vor der Mittagspause. Zeit, auch mal kulinarische Argumente ins politische Spiel zu bringen.*

**Lorenz Laich (Ratspräsident, FDP, Dörfingen):**  
«Wir haben eine Vorbildfunktion einzunehmen.»  
*Ebenfalls zum Mittagessen – beziehungsweise zu den Abstandsregeln.*

**Peter Scheck (SVP, Schaffhausen):**  
«Motionen und Postulate sind so etwas wie das Wunschkonzert des Parlaments. Es kann ja nicht sein, dass der Rat die Neunte von Beethoven bestellt und die Regierung dann den Schacherseppi liefert.»  
*Er war nicht zufrieden damit, wie die Regierung mit einem seiner Vorstösse umgehen wollte.*

**Regierungsrat Christian Amsler**  
«Wir haben weder Beethoven noch Schachersepp geliefert, sondern noch gar nichts.»  
*Er rief in Erinnerung, dass der Rat nur über eine Fristerstreckung von Schecks Vorstoss zu entscheiden hat.*

**Diego Faccani (FDP, Schaffhausen)**  
«Herr Präsident, werte Kollegen, liebe Zuschauer zu Hause vor Ihren Geräten.»  
*Eine Livestream-taugliche Anrede.*

# Stimmrechtsalter 16 ist vom Tisch

Abstimmen und Wählen im Kanton und den Gemeinden schon ab 16 Jahren – das verlangte ein Vorstoss aus der Juso. Das Parlament hat diesen mit 29 zu 21 Stimmen entlang des Links-Rechts-Grabens nicht überwiesen.

Mark Liebenberg

«Die Ausweitung der demokratischen Rechte hat in der Schweiz Tradition», sagte das zweitjüngste Ratsmitglied Stefan Lacher (Juso, Schaffhausen) zu seiner Motion. Diese wollte, dass das Stimmrechtsalter in Gemeinde- und Kantonsabstimmungen sowie Wahlen von 18 auf 16 Jahre gesenkt wird – allerdings nur das aktive Wahlrecht: Da unter 18-Jährige rechtlich nicht voll handlungsfähig sind, könnten sie auch nicht zum Beispiel in ein öffentliches Amt gewählt werden (passives Wahlrecht). Lacher erwähnte, dass auf Bundesebene das Stimmrechtsalter im Jahr 1991 von 20 auf 18 Jahre gesenkt worden ist. Jetzt sei auf kantonaler Ebene ein weiterer Schritt opportun. «Volksentscheide wären so breiter abgestützt und besser legitimiert», war er überzeugt. 16-Jährige müssten schon heute weitreichende Entscheidungen fällen, etwa bei der Berufs- und Ausbildungswahl. «Ihre frühere Einbindung in politische Entscheide ist daher vertretbar.»

## «Überhaupt kein Handlungsbedarf»

Anders sah dies die Kantonsregierung. «Es braucht ein gewisses Alter und eine gewisse Lebensreife für eine aktive Mitbestimmung», sagte Regierungspräsident Martin Kessler. Bei der letzten Revision der Kantonsverfassung 2002 sei dies schon diskutiert worden. Damals habe man zu Recht an das Kriterium der zivilrechtlichen Mündigkeit angeknüpft, die mit 18 Jahren gegeben ist, statt an andere Kriterien wie Reife oder Urteilsfähigkeit. Das hätten alle Kantone mit Ausnahme von Glarus so gehandhabt. «Die Schaffhauser Regierung erachtet ein generelles Stimmrechtsalter ab 16 Jahren als zu früh.»

Die Diskussion entbrannte entlang der politischen Lager. «Die Senkung ist längst überfällig, es gibt keinen vernünftigen Grund dagegen», sagte Roland Müller (Grüne, Neuhausen). Diego Faccani (FDP, Schaffhausen) argumentierte: «Es gibt überhaupt keinen Handlungsbedarf.» In diesem jungen Alter mache man gerade erste Gehversuche mit der Übernahme von Verantwortung, etwa in der Ausbildung oder im Sportverein. «Seien Sie ehrlich, was hat Sie mit 16 umgetrieben? Die erste Liebe, das Töffli und die Berufsausbildung, aber sicher nicht die Politik.»

Noch weiter ging Samuel Erb (SVP, Schaffhausen). Eine Abweichung von bundesrechtlichen Stimmrechtsalter sei vollkommen unnötig. «Sechzehnjährige sind auch noch leichter zu beeinflussen, siehe Klimahysterie.» Die Volljährigkeit bringe eine Reihe von Rechten



Engagiert, aber nicht zwingend stimmberechtigt: Schaffhauser Jugendliche, hier bei einer Klimademo.

BILD MELANIE DUCHENE



«Volksentscheide wären dadurch breiter abgestützt und besser legitimiert.»

Stefan Lacher  
Juso-Kantonsrat

AUDIO  
Stimmen zur  
Abstimmung unter  
[www.shn.ch/click](http://www.shn.ch/click)

und Pflichten, wie Autofahren, Steuer und Stellungspflicht, aber auch Strafmündigkeit. Daher sei es sinnvoll, Jugendlichen auch erst ab 18 Jahren volle Mitbestimmung zu geben.

Ihm widersprach Andreas Frei (SP, Stein am Rhein). «Es wäre ein mutiger, ein logischer Schritt für unseren Kanton.» Er brachte noch einen anderen Aspekt ins Spiel: «Durch die Überalterung der Gesellschaft haben die Jungen an Einfluss verloren, dies könnte man mit der Senkung des Alters zumindest ein wenig ausgleichen.» Der frühere Lehrer Thomas Hauser (FDP, Schaffhausen) bezweifelte indes, dass die Jugendlichen in ihrer Mehrheit überhaupt abstimmen und wählen wollen. «Ich glaube, da wird etwas hochstilisiert, die wenigsten wollen das.» In Schaffhausen herrscht zudem ein Stimmzwang und es drohenden Bussen. Pentti Aellig (SVP, Dörfingen) meinte: «Zwar ist mir das Anliegen sympathisch, aber verschonen wir doch unsere Jugendlichen davon, noch gebüsst zu werden, wenn sie eine Abstimmung verpassen.»

«Wie wollen Sie wissen, was 16-Jährige Jugendliche wollen», fragte Matthias Freivogel

an Hauser gerichtet. «Was Sie hier sagen, grenzt an Altersarroganz!» Es sei mehr als angezeigt, dass auch sehr junge Leute über die Zukunft ihres Landes mitbestimmen dürfen.

## Stimmrecht nur auf Antrag?

Mit einem Kompromissvorschlag wartete Regula Widmer von den Grünliberalen auf. «In seiner jetzigen Form ist uns der Vorstoss zu absolut», sagte sie. Ihre Fraktion werde die Motion unterstützen, wenn sie Lacher so abändere, dass Jugendliche ab 16 Jahren beim Kanton ein Stimm- und Wahlrecht beantragen können.

Diese Änderung nahm der Motionär dann auch vor, sehr zum Missfallen eines anderen Vertreters einer Jungpartei. Erich Schudel (JSVP, Beggingen) meinte: «Das Stimm- und Wahlrecht ist doch bitteschön kein Wunschkonzert. Entweder soll die Neuregelung für alle gelten oder für niemanden.»

Doch auch diese abgemilderte Form fand schliesslich nicht genug Unterstützung. Resultat: Das ganze linke Lager aus SP, Juso, AL und Grünen sowie den Grünliberalen dafür, die Bürgerlichen geschlossen dagegen.

# Das Parlament lehnt Gratis-ÖV für Kinder ab

Der öffentliche Verkehr innerhalb des Kantons solle für Kinder unter 16 Jahre kostenlos sein – das forderte eine Volksmotion. Gegen diese Idee gab es viele Einwände im Kantonsrat.

Mark Liebenberg

«Ich gebe es zu: Kostenloser ÖV für Kinder tönt gerade auch für mich als Familienvater sympathisch und verlockend», sagte Regierungspräsident und Verkehrsdirektor Martin Kessler gestern. «Doch es stellt sich die Frage, ist unser öffentlicher Verkehr für Kinder denn zu teuer?» Damit eröffnete er die Debatte über die kantonale Volksmotion «Kostenlose Benutzung des ÖV für Kinder unter 16 Jahre», für die letzten August unter anderem Kantonsrat Patrick Portmann und Martina Munz (beide SP) erfolgreich Unterschriften gesammelt hatten. Kessler rechnete vor: Bereits heute seien die Ostwind-Tarife für eine

Zone 13 Prozent günstiger als in umliegenden Tarifverbänden. Für Kinder gebe es eine Reihe von Angeboten, die das Budget von Familien entlasten – und dazu bezahlen die Gemeinden die ÖV-Fahrten, wenn Schüler einen weiten Schulweg auf sich nehmen müssen. Und sowieso, so Kessler, «was nichts kostet, ist nichts wert. Der ÖV ist aber aus Umweltgründen durchaus etwas wert. Es ist deshalb zumutbar, dass sich alle an den Kosten beteiligen.»

## Gratis heisst nicht kostenlos

Die Tarifierleichterungen seien aber alles andere als gratis, führte Kessler aus. Se verursachten Einnahmeherausfälle bei den Verkehrsbetrieben. Diese betrügen nach Berechnungen zwischen 3 und 13 Millionen Franken, wenn man von gut 8200 Kindern und Jugendlichen ausgehe, die davon profitieren würden. Diese Kosten müsste die öffentliche Hand tragen. «Es würde den Kantonshaushalt massiv belasten und die Gemeinden ebenfalls, die 25 Prozent der

Ausfälle übernehmen müsste, sagte Kessler. Zu denken gebe der Regierung aber auch die drohende Verschiebung vom Langsamverkehr (zu Fuss, Velo, Trottinett) in den ÖV selbst für kurze Strecken.

«Der ÖV ist nie gratis», mahnte auch Urs Capaul (Grüne, Schaffhausen) als Abwechler in seiner Fraktion. Wenn etwas gratis oder zu billig ist, dann wird es auch mehr genutzt, ist er sicher. «Das sieht man beim Flugverkehr.» Ein positiver Umwelteffekt werde nur erreicht wenn der Verkehr vom motorisierten Individualverkehr in den ÖV umgelagert wird. Dazu sei diese Vorlage untauglich, «denn Kinder fahren ja nicht Auto».

Es drohe eine Überlastung der Verkehrsbetriebe, warnte Thomas Hauser (FDP, Schaffhausen), was den ÖV insgesamt weniger attraktiv, weniger punktlisch und weniger effizient mache. Wenn Schüler vermehrt auf den ÖV umsteigen würden, weil er gratis ist, sei dies auch gesundheitspolitisch ein Unsinn. Von einer «Utopie» sprach Walter Hotz

(SVP, Schaffhausen): «Der Denkfehler ist, dass die Welt besser ist, wenn alles gratis ist.» Die Kosten zahle man aber mit einer immer höheren Steuerlast, was wieder die künftigen Generationen zu berappen haben würden. «So sieht kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld aus.»

Von Links tönte es anders. «Es würde dem Kanton gut anstehen, junge Familien zu unterstützen», sagte Stefan Lacher (Juso, Schaffhausen). Die Kosten für Abos fielen bei vielen Familien durchaus stark ins Gewicht. In Luxemburg und anderswo funktioniere es auch ohne dass der ÖV zusammenbreche. Eine andere Makel fand Marianne Wildberger (AL, Schaffhausen) an der Volksmotion: «Mich stört, dass der ÖV nur für Kinder gratis sein soll. Er sollte es für uns alle sein, die umweltbewusst unterwegs sind.» Man solle eher «noch kreativer und mutiger» vorgehen.

Das Resultat war dann deutlich: Mit 33 zu 15 Stimmen bei einer Enthaltung sagte der Rat Nein zum Anliegen.